

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. G. H. Müller, Leipzig, Postfach 1010. Druck: G. H. Müller, Leipzig, Postfach 1010. Anzeigerpreis: monatlich 3.00 Mk., vierteljährlich 8.00 Mk., halbjährlich 15.00 Mk., jährlich 30.00 Mk. Einmalige Anzeigen: 1.00 Mk. pro Zeile pro Tag. Abonnementpreis: 3.00 Mk. pro Quartal, 8.00 Mk. pro Halbjahr, 15.00 Mk. pro Jahr. Der Preis für den Anzeiger durch den Postträger erfolgt aber das Manuskript nicht später als 10.00 Uhr.

Bezugspreis: Durch unsere Post ist das Blatt monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgebitt monatlich 3.00 Mk. bei der Post bestellt monatlich 3.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 19. Februar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Amerika hat seinen Vertreter in der Reparationskommission abberufen und zieht nach dem 1. Mai seine Besatzungstruppen aus dem Rheinland zurück.

Der englische Gewerkschaftspress und die Arbeiterpartei protestieren in einem Manifest gegen die Haltung der Entente gegenüber Deutschland.

Nach Mitteilung des Erzbischofs von Chicago wird das nördliche Deutschland demnächst eine amerikanische Liebesgabe von 50 Millionen Pfund Mehl erhalten.

Das Repräsentantenhaus in Washington hat das Flottenbauprogramm, das Nordamerikas Kriegsmarine auf die Größe der englischen Flotte bringen soll, angenommen.

## Trommelfeuer.

Die Frontbildung für die Londoner Konferenz geht mit Stolz und Gegenstolz vor sich. Auf die Mitteilung der Pariser Reichsliste hat auf deutscher Seite die gegebene Gegenwirkung eingeleitet, die der Außenminister Dr. Simons mit seinen nach Form und Inhalt den Kern der Sache treffenden Reden in Süd-Deutschland zum Höhepunkt geführt hat. Wir beobachten nun auf der Seite unserer Gegner, wie sie bemerkt sind, dem durch den deutschen Gegenstoß in der Welt verbreiteten Eindruck entgegenzuwirken, indem die Ententepresse ein wahres Trommelfeuer von Protesten und Bemerkungen losläßt. Dr. Simons hat dieser Stimmungsmache im voraus sehr geschickt das Wasser abgelenkt, daß er in Stuttgart und nachher in Karlsruhe feststellte, wir könnten in London noch so gute Vorschläge machen, der Erfolg würde unter allen Umständen doch der sein, daß unsere Gegner mit derselben Selbstscham darüber ankämpfen, wie wir gegen die Pariser Reichsliste. Auf diese Weise hat der deutsche Außenminister gleich sehr gewandt die voraussichtliche Entwicklung der Dinge gekennzeichnet und der Gegenpartei die Verpflichtung zugesprochen. Für ihren erwarteten Einspruch nicht bloß Momente augenblicklicher Entrüstung und Verflüchtigung, sondern solche von sachlichem Gewicht bereit zu halten. Alles in allem ist die taktische Lage Deutschlands in London zunächst also dem dem anerkennenswerten Vorgehen Dr. Simons' beinahe besser, als bei den früheren Gelegenheiten von Brüssel und Spa. Sogar wir Deutsche lernen schließlich aus unseren schlimmen Erfahrungen. Es wäre aber mehr als ein Verbrechen, nämlich eine Torheit, wenn wir glauben wollten, daß dieser scheinbare Vorteil mit Rücksicht auf die Gesamtlage sich nicht doch als ein erheblicher Nachteil herausstellen könnte. Man bedenke, um nur eins anzuführen, welcher Art die innerpolitischen Verhältnisse zurzeit in Frankreich sind, unter deren Druck Irland nach London geht. Wir haben zwar zwischen ihm und der Richtung Sinclair aus gutem Grunde niemals große Unterschiede gemacht, aber es muß doch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß Irland als Regierungschef erledigt ist, wenn er aus England nicht mit einem Sieg über die Deutschen zurückkehrt. Und was Lloyd George anlangt, so ist uns ja seine Wandlungsfähigkeit im letzten Jahre mehr als einmal sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht worden. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist es deshalb erfreulich, feststellen zu können, daß das Unannehmliche des deutschen Volkes in der Zwischenzeit in seiner Unerklärlichkeit nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr verstärkt worden ist. Auch das ist eines der günstigen Ergebnisse der Reise des Reichsaußenministers durch Süd-Deutschland. Auch der Wahlkampf für die Wahlen zum neuen preussischen Landtag hat die vollständige Einheitslichkeit und Einmütigkeit der deutschen Stimmung und Haltung gegenüber der Londoner Konferenz im klarsten Licht erscheinen lassen. Das Trommelfeuer der Entente gipfelt in der Drohung weiterer Besetzung und wirtschaftlicher Pressionen, aber auch das kann uns nicht wandelnd machen.

## Simons wiederholt sein Nein! Eine neue Rede des Ministers.

Auf der letzten Station seiner Süd-Deutschland-Reise traf Reichsminister Dr. Simons gestern vormittag in Darmstadt ein, um der hessischen Regierung einen Besuch abzustatten. In der Sitzung des Gesamtministeriums begrüßte Staatspräsident Ulrich den Gast und versichert unter besonderer Betonung der gegenwärtigen außenpolitischen Lage des Reiches, daß die hessische Regierung und das hessische Land an der Einheit des Reiches nicht zittern lassen würden. Der Reichsminister Simons gab seiner Genugtuung über den freundlichen Empfang Ausdruck. Wenn ihn bisher die Lasten seines Amtes verdrängten hätten, nach Süd-Deutschland zu kommen, so seien sie es jetzt gerade, die ihn zu dieser Reise veranlassen. Im Falle, daß die Londoner Konferenz Ergebnislos verlauten sollte, könnten die Sanktionen nicht ohne weiteres zur Anwendung gelangen, denn nach dem

Friedensvertrag hätte zunächst der Wiedergutmachungs-ausschuß das Wort. Erst wenn Deutschland sich ablehnen weigern müßte, die Aufgabe zu erfüllen, könnten nach dem Friedensvertrag die Sanktionen eintreten. Die Reichsregierung habe ihr Nein auf die so erfreulich einheitliche Auffassung des deutschen Volkes gestützt. Es komme darauf an, daß das deutsche Volk dieses Nein nun mehr auch kräftig frage, und daß es angesichts der drohenden Gefahren aufrecht erhalten wird. Wie auf seiner Süddeutschen Reise allgemein, so habe er auch in Hessen zu seiner großen Genugtuung eine feste, entschlossene Haltung gefunden. Das ist ihm eine besondere Stärkung für die Reise nach London. In längeren Verhandlungen würde sodann noch eine Reihe von Fragen erörtert. Am späten Nachmittag fanden im Staatsministerium Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens statt.

## Die sächsische Industrie zur Stuttgarter Rede des Außenministers Simons.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat sich, wie dem Auer Tageblatt geschrieben wird, in seiner Sitzung vom 17. Februar noch einmal eingehend mit dem Pariser Reichsliste und dem Ausführungen befaßt, die der deutsche Außenminister Simons in Stuttgart zu diesen Pariser Vorschlägen gemacht hat. Als Ergebnis dieser Verhandlungen richtete der Gesamtvorstand an den Reichsminister Simons nachstehendes Telegramm:

Herr Reichsminister!

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller begrüßt die von Ihnen auch in Stuttgart wiederholte Erklärung, daß die Pariser Reichsliste in der bisher bekanntgegebenen Form für die deutsche Regierung inakzeptabel bleiben, mit uneingeschränkter Zustimmung. Die von Ihnen dargelegte Unklarheit der Pariser Reichsliste, sowohl hinsichtlich der geplanten Belastung der deutschen Ausfuhr wie der in Aussicht genommenen Annuitäten macht die Gefahr für das deutsche Volk, das die ihm auf Generationen hin zugehenden Belastungen nicht tragen kann, nur noch furchtbarer. Zeigt doch die Art der Behandlung der Wiedergutmachungsverhandlungen durch die alliierten Staatsmänner, daß diese, wissenschaftlich oder unwissenschaftlich, einen Stand des Wirtschaftslebens in Deutschland voraussetzen, wie er weder jetzt vorhanden ist, noch in absehbarer Zeit erreicht werden kann. Bei den Gegenüberstellungen der finanziellen Belastung in den alliierten Staaten und in Deutschland werden ebenso irrtümliche Begriffe genannt, wie bei allen Zahlenangaben, die bisher über die Leistungsfähigkeit Deutschlands für Wiedergutmachungen gemacht worden sind.

Wir weisen demgegenüber nachdrücklich darauf hin, daß bei der Belastung mit direkten Steuern die Einkommen bis zu 60 Prozent erfasst werden, und daß trotz dieser enormen Unspannung der Einkommensteuer, wozu noch Reichsnotsteuer, Vermögenszuwachssteuer und zahlreiche andere und schwere Belastungen mit direkten Steuern kommen, nicht im Entferntesten ausreicht, um den Etat des deutschen Reiches für deutsche Bedürfnisse zu balancieren. An Reparationsabgaben ist dabei noch gar nicht zu denken. Durch eine übermäßige Belastung mit Wiedergutmachungsverpflichtungen würde die Industrie und die Existenzmöglichkeit des deutschen Wirtschaftslebens vernichtet und dadurch auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands unumkehrbar gemacht. Gehen wir aber die Hand zu unserer Verklärung, ist es richtiger, die möglichen Konsequenzen der Ablehnung auf uns zu nehmen. Der Verband Sächsischer Industrieller bittet Sie, Herr Reichsminister, bringen, auf Ihrem Stuttgarter Standpunkt des Non possumus! fest stehen zu bleiben und dabei sich versichert zu halten, daß die gesamte sächsische Industrie hinter Ihnen steht!

## Die Versorgung mit Textilwaren.

W. W. Trotz des starken Fallens der Preise für Rohbaumwolle, für Halbgarne und für Rohwolle, ist ein spürbarer Preisabbau nicht eingetreten. Das ist an sich aus technischen Gründen auch nicht möglich, da die Rohbaumwolle einen langwierigen Fabrikationsprozeß durchzumachen hat, ehe sie als fertige Ware auf den Markt gelangt. Wenn also die Rohbaumwolle im Preise stark sinkt — und das ist im vorigen Jahre tatsächlich eingetreten —, so darf nicht ohne weiteres erwartet werden, daß auch die Preise für Fertigwaren dem Rohmaterial folgen. Die Fabrikanten müssen zunächst die teuer eingelaufenen Rohstoffe verarbeiten, bei der Preisbemessung aber auch berücksichtigen, wie die Unkosten allgemein sich inzwischen gestaltet und verändert haben. Darin liegt wenig Zweifelhaftes für den Verbrauch. Die Textilnot ist groß, so groß sogar, daß wir zu ihrer Beseitigung nicht mehr länger die Hände in den Schoß legen dürfen. Was besonders den deutschen Markt betrifft, so zeigt er für die nächste Zeit noch keine Anzeichen der Besserung. Anwerbestreit und Konjunkturverfall haben nicht die Folgen gehabt, die sie bei normalen Marktverhältnissen hätten haben können oder müssen. Hingegen kommt weiter daß mit Wirkung vom 1. April die sogenannte Textilnotstandsversorgung von Reichsbesetzen aufhört. Die Quellen hierfür sind verstopft, da einmal die Bestände aus der Seerechtsverwaltung

zur Neige gehen, sobald weil die im freien Verkehr beschafften Rohmaterialien das Reich unerschöpflich beliefern, ohne daß es möglich ist, der großen Masse wohlfeile Textilwaren zuzuführen.

Der organisierte Textil-Einzelhandel vertritt nun nicht nur die Säcken zu stoppen, die durch die Aufhebung der Textilnotstandsversorgung und der Reichs-Kleiderläger entstehen, er will darüber hinaus den organisierten Kern beibehalten um durch Preisabbau endlich die Versorgung der Massen mit Textilwaren durchzuführen. Auf der Jahresversammlung der Reichs-Kleiderläger in Dresden im November 1920 wurden an Richtlinien aufgestellt, die zur Zeit der Beratung der zuständigen Behörden unterliegen. Der organisierte Einzelhandel will unter Anleitung an die Reichs-Kleiderläger der minderbemittelten Bevölkerung Textilwaren beschaffen. Soweit die Reichs- und Landesregierungen dem Wunsche ihre Unterstützung leisten. Diese soll darin bestehen, daß auf die Industrie eingewirkt wird, sich an dieser gemeinnützigen Maßnahme zu beteiligen. Ebenso wie der organisierte Einzelhandel von jedem Gewinn absehen will, wird das auch von der Industrie vorausgesetzt. Seine Textilfabriken, die grundsätzlich ihre Produktion auslegen, sollen eine gewisse Förderung in der Zurechnung von Rohstoffen und Kohlen erhalten. Endlich wird auch die steuerliche Begünstigung angeregt, etwa in der Form der Aushebung der Umsatzsteuer für die Notstandswaren. Es ist klar, daß kein Geschäftsmann, also auch der Kleinhandwerker nicht, nur aus reiner Menschenfreundlichkeit, sondern so handeln kann, aber aus volkswirtschaftlichen Gründen auch nur so handeln darf. Aber es gilt, abgesehen von der unaufschiebbaren Notstandsversorgung, den Markt wieder aufzuräumen. Dazu ist in erster Linie ein Preisabbau erforderlich. Er muß spürbar sein, er muß aber auch ein großes Gebiet umfassen, damit die Rückwirkung allgemein möglich ist. Wenn der Markt für Textilwaren nicht wieder gesund gemacht wird, so besteht für den Einzelhandel die Gefahr, daß die Versorgung der Bevölkerung von Stoffen oder Landstoffen eingeschränkt wird. Ob man das nun Kommunalisierung oder Sozialisierung nennt, ist nebensächlich. Auf die Wirkung für die Wirtschaft kommt es an. Dies gilt auch für den Fall, daß sich die Verbraucherkreise selbst zu Versorgungsgruppen zusammenzuschließen sollten, um der Textilnot ein Ende zu machen. Wie wir erfahren, besteht in der Industrie durchaus die Absicht, den Plan des organisierten Einzelhandels tatkräftig zu unterstützen. Soweit nach Bedenken vorhanden sind, die sich aus der Beteiligung der Notstandswaren ergeben, können sie durch zweckmäßige Ausgestaltung der Verkaufsorganisation beseitigt werden. Auch die Reichswirtschaftsstellen für die Textilindustrie billigen den Plan (so daß es nur noch der Zustimmung der Reichs- und Landesbehörden bedarf. Diese ist wohl zu erwarten, denn ohne umfassende Maßnahmen ist der Textilnot nicht abzuwehren. Nach den vielen Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft eignet sich eine amtliche Reichsorganisation dazu nicht. Es muß auch endlich daran gedacht werden den freien Handel überall seiner Bestimmung zuzuführen. Wenn es nicht gelingt, das Vertrauensverhältnis zwischen Käufer und Einzelhandel wieder herzustellen, wird unsere Wirtschaft dauernd krank bleiben.

## Wilhelm II. und die Sozialdemokratie.

Mitteilungen August Müllers.

Der frühere kaiserliche Staatssekretär und Sozialdemokrat August Müller veröffentlicht Neuerungen des Kaisers über die Sozialdemokratie und die Arbeiterchaft als am 30. Oktober 1918 dem Kaiser Persönlichkeiten vorgestellt wurden, die die Kriegswirtschaft durchführen sollten, begann der Kaiser ein Gespräch mit August Müller. Der Kaiser schilderte Erfahrungen, die er mit einem Landsturmbataillon gemacht habe, das ihn zwei Jahre lang bewachte. Nach Müllers Aufzeichnungen führte er dabei wortlich etwa folgendes aus: Die Leute stammten größtenteils aus Upolda und Jena. Beinahe alle waren sie Sozialdemokraten, aber prächtige Männer, die mir viel Freude gemacht haben und außerordentlich zuverlässig waren. Wissen Sie, Müller, wenn man nur bloß das Wort Sozialdemokratie beseligen könnte, Arbeiterstand oder Arbeiterpartei wäre doch eine viel bessere Bezeichnung. Das ist ein fester Begriff, der eine bestimmte Bevölkerungsgruppe umschließt mit besonderen Interessen, besonderen politischen Vorstellungen und Eigenarten, die durchaus geeignet sind zum politischen Zusammenarbeiten mit der Regierung und den übrigen Bevölkerungsgruppen. Dem Wort Sozialdemokratie habet etwas Unerfreuliches aus der Vergangenheit an: es belästet beide Teile, die Arbeiter und die frühere Politik, und wenn man es beseligen würde, dann wäre sehr viel gewonnen. Das Gespräch wandte sich dann den Arbeiterbestritten in Kabinen, Löhnen, Wohnungsverhältnissen, der Kinderzahl der Arbeiter und der Beschäftigung von Kriegsinvaliden zu, wobei Müller dem Kaiser Mitteilungen über die Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften und der Konsumvereine und die Notwendigkeit einer sozialen Gesichtspunkte wärtigen inneren Kolonisation mit dem Ziele, die ungelunden Wohnverhältnisse in Ostpreußen zu ändern, mach-